



Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 61/489/2019 Status: öffentlich AZ: Datum: 15.10.2019 Verfasser: Amt 61 Anja Wingen
Federführend: Planungsamt	
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Erkelenz vom 29.06.2019: Resolution zur Schaffung politischer und rechtlicher Klarheit über den Prozess des Kohleausstiegs	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
29.10.2019	Braunkohlenausschuss
05.12.2019	Hauptausschuss
11.12.2019	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Erkelenz hat mit Datum vom 29.06.2019 zur Beschlussfassung im Rat den als Anlage beigefügten Antrag gestellt. Die Beschlussfassung des Antrags ist in zwei Absätze gegliedert, welche eine unterschiedliche thematische Ausrichtung besitzen. Im Folgenden wird separat auf die Absätze eingegangen:

1. Der Rat der Stadt Erkelenz hat sich am 27.02.2019 mit dem Beschluss des Rats über die „Stellungnahme der Stadt Erkelenz zum Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ positioniert. Diese ist am 28.02.2019 an Herrn Ministerpräsidenten des Landes NRW übersandt worden.

Darin heißt es unter anderem:

„Die Stadt Erkelenz begrüßt die durch die Empfehlungen der Kommission beabsichtigten Ziele des Klimaschutzes, der Sicherung der Wirtschaftsstandorte sowie der Begleitung des Strukturwandels in den Regionen. Es wird jedoch eine klare Aussage zur Zukunft der Umsiedlungs- und Tagebaurandorte vermisst. Daher muss seitens des Landes NRW eine entsprechende Positionierung in Abstimmung mit den Betroffenen erfolgen.“

Der Kreis Heinsberg hat sich mit dem Beschluss im Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel am 11.07.2019 u. a. hinter diese Stellungnahme des Rates der Stadt Erkelenz gestellt. Dieser Beschluss wurde an

Herrn Bundesminister Altmaier in dem als Anlage beigefügten Schreiben übermittelt.

Die Gemeinschaft der Abgeordneten des Kreises Heinsberg im Deutschen Bundestages und im Landtag von Nordrhein-Westfalen haben sich in Ihrem Brief an Herrn Bundesminister Altmaier ebenfalls hinter die Stellungnahme des Rates der Stadt Erkelenz, sowie hinter den Beschluss des zuständigen Fachausschusses des Kreises Heinsberg vom 11.07.2019 gestellt. Der offene Brief ist ebenfalls als Anlage beigefügt.

Um explizit seitens der Stadt Erkelenz die Bundesebene anzusprechen, wird von Seiten der Verwaltung empfohlen, die Stellungnahme der Stadt Erkelenz auch der Bundesregierung zukommen zu lassen.

2. Die Stadt Erkelenz hat die Interessen seiner Bürgerinnen und Bürger im Blick. Im Hinblick auf den Tagebau gibt es sehr unterschiedliche Interessenlagen.

Die Stadt Erkelenz nimmt alle Interessenlagen seiner Bürgerinnen und Bürger zur Kenntnis. Stehen die Interessenlagen in starkem Widerspruch, so stehe die Stadt Erkelenz nach Abwägung von Vor- und Nachteilen vor der Entscheidung, welche Interessen Unterstützung finden.

Bei der Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath sind 72 % der Erwerbsgespräche abgeschlossen, so dass die „Umsiedlung der Dorfgemeinschaften“ weit vorangeschritten sind.

Der Erhalt der Dorfgemeinschaften wird als das übergeordnete Ziel erachtet.

Die Unterstützung der Umsiedlerinnen und Umsiedler, die sich aktiv, bürgerschaftlich-engagieren und sich auch unentgeltlich für die Minderung der Umsiedlungsbelastungen einsetzen, soll weiterhin durch die Stadt Erkelenz vollumfänglich gewährleistet bleiben.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Hauptausschuss und Rat):

„./.“

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Anlagen:

1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Erkelenz vom 29.06.2019
2. Schreiben vom 28.02.2019 vom Bürgermeister der Stadt Erkelenz an den Herrn Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen bzgl. Stellungnahme der Stadt Erkelenz zum Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (inkl. dazugehöriger Anlagen)
3. Schreiben vom 16.07.2019 von dem Landrat des Kreises Heinsberg an den Herrn Bundesminister für Wirtschaft und Energie bzgl. Prozess des Kohleausstiegs

4. Offener Brief vom 02.08.2019 von der Gemeinschaft der Abgeordneten des Kreises Heinsberg im Deutschen Bundestag und im Landtag Nordrhein-Westfalen an den Herrn Bundesminister für Wirtschaft und Energie bzgl. Prozess des Kohleausstiegs



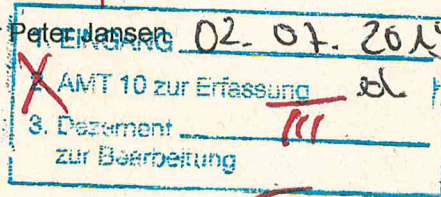
Bündnis 90/Die Grünen – Ratsfraktion – 41812 Erkelenz

An Herrn Bürgermeister Peter Jansen

02.07.2019

Erkelenz, den 29.06.2019

Johannismarkt
41812 Erkelenz



Resolution: Schaffung politischer und rechtlicher Klarheit über den Prozess des Kohleausstiegs

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Jansen,

die Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen stellt folgende Resolution zur Beschlussfassung in der nächsten Sitzung des Rates:

„Der Rat der Staat Erkelenz fordert Bundestag und Bundesregierung auf, umgehend politische und soweit wie möglich auch rechtliche Klarheit über den Prozess des Kohleausstiegs zu schaffen. Basis hierfür ist der Abschlussbericht der Kohlekommission. Dabei geht es im ersten Schritt vor allem um die gesetzlich, zu verankernde Abschaltung von 3 GW Braunkohlekapazität bis 2022 und die im Gegenzug ebenfalls gesetzlich zu verankernde Bereitstellung von entsprechenden Strukturhilfen und Anpassungsgeldern für die in der Braunkohle Beschäftigten.

Darüber hinaus sind alle Aktivitäten im Vorfeld des Braunkohleabbaus einzustellen, die Fakten für den Abbau schaffen und einem Kohleausstieg zuwiderlaufen könnten. Das gilt insbesondere für Umsiedlungen und Grundabtretungen gegen den Willen der Betroffenen, die weitere Zerstörung der Dörfer und der Infrastruktur und des Hambacher Waldes sowie für die Errichtung neuer, dem Bergbau direkt oder indirekt dienender Infrastruktur. Die regionalen Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert sich in diesem Sinne in Berlin einzusetzen.“

Begründung:

Seit über vier Monaten liegt der Abschlussbericht der Kohlekommission vor, doch bis heute fehlen eindeutige Erklärungen der Bundesregierung und insbesondere der sie tragende Fraktionen und damit des Bundestags insgesamt, dass der Kohleausstieg kommt und der Bericht der Kommission die Basis für dessen Umsetzung ist. Im Gegenteil: Bei Parlamentsdebatten, in Erklärungen, Briefen etc. sprechen sich zahlreiche Koalitionsabgeordnete explizit gegen die Umsetzung des Abschlussberichtes und einen Kohleausstieg grundsätzlich aus. Die Bundesregierung selbst plant das angekündigte Kohleausstiegsgesetz aufspalten und den die Braunkohle betreffenden Teil deutlich nach hinten in das Jahr 2020 verschieben zu wollen. Bis heute hat die Bundesregierung noch keine ernsthaften Gespräche mit RWE über die Abschaltung von Kohleblöcken geführt. Gleichzeitig warten im Rheinischen Revier sowohl Bergbaubetroffene als auch Beschäftigte auf klare Signale von Bundesregierung und Koalition, während RWE tagtäglich Fakten schafft – so als gäbe es Kohleausstieg nicht.

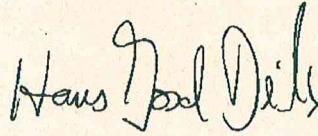
Die infolge des Abschlussberichts der Kohlekommission von der Bundesregierung in Aussicht gestellt Milliardenhilfen zur Bewältigung des Strukturwandels sind eine große und vor allem

eine einmalige Chance für die Region. Diese wird es nicht geben, wenn nicht jetzt auch die Abschaltung von Braunkohlekraftwerken, so wie im Bericht festgelegt, angegangen wird. Schon heute ist absehbar, dass die bedeutenderen Transformationsprozesse in Bereichen Automobil, Chemie, Stahl usw. in Zukunft keine solche Fokussierung auf den Strukturwandel in der Braunkohle wie aktuell mehr zulassen. Deshalb sollte die Region jetzt ihre Chance nutzen und auf einen konsequent umgesetzten Kohleausstieg drängen.

Mit freundlichen Grüßen



Beate Schirrmeister-Heinen
Fraktionsvorsitzende



Hans-Josef Dederichs
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Herrn Ministerpräsidenten des
Landes Nordrhein-Westfalen
Armin Laschet
Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf



Erkelenz, 28.02.2019

-ENTWURF-K:\Buergermeister\Bürgermeister Jansen\Tagebau\Laschet_20190221 - Stellungnahme.docx

Stellungnahme der Stadt Erkelenz zum Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Laschet,

hiermit übersende ich Ihnen gemäß Ratsbeschluss der Stadt Erkelenz vom 27.02.2019 die Stellungnahme der Stadt zum Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung sowie die Liste der Themenfelder zur Darstellung der Betroffenheit der Stadt Erkelenz durch ein frühzeitiges Ende von Garzweiler II.

Wie bereits in meinem Schreiben vom 16.01.2019 dargestellt, befasst sich die Stadt Erkelenz intensiv mit dieser besonderen Situation und arbeitet sachlich an Lösungswegen im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Ich begrüße die von Ihnen bei der Revierkonferenz vom 19.02.2019 in Erkelenz geäußerte Absicht, bis zum Sommer Verlässlichkeit zu schaffen, wie sich der Strukturwandel in der Region gestaltet und erwarte entsprechende klare Aussagen des Landes zu Auswirkungen, vor allem auf die laufende Umsiedlung und die damit zusammenhängenden Verfahren zu Infrastrukturplanungen. Ebenso hoffe ich, dass die beigelegten Papiere dazu beitragen können und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Peter Jansen
Bürgermeister

Anlagen:

Stellungnahme der Stadt Erkelenz zum Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung

Themenfelder: Betroffenheit der Stadt Erkelenz durch frühzeitiges Ende von Garzweiler II

Stadt Erkelenz
Johannismarkt 17
41812 Erkelenz

Herrn Ministerpräsidenten des
Landes Nordrhein-Westfalen
Armin Laschet
Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf

Stellungnahme der Stadt Erkelenz zum Abschlussbericht der „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Laschet,

gemäß dem Beschluss des Rates der Stadt Erkelenz vom 27.02.2019 gibt die Stadt Erkelenz hiermit ihre Stellungnahme zum Abschlussbericht der „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ ab. Weiterhin wird im Anhang die Betroffenheit der Stadt Erkelenz in einer tabellarischen Auflistung von Themenfeldern dargestellt. Die Auflistung der Themenfelder mit Darstellung des Sachverhalts sowie von Lösungsansätzen und Forderungen wurde in der Arbeitsgruppe Tagebaurand des Braunkohlenausschuss der Stadt Erkelenz am 12.02.2019 ausgearbeitet und ist Grundlage der vorliegenden Stellungnahme.

Vorwort:

Grundsätzlich lehnt die Stadt Erkelenz den Tagebau Garzweiler II weiterhin ab. Dennoch wird im Folgenden, mit dem Ziel einer konstruktiven Beteiligung am Prozess der Umsetzung der Empfehlungen der „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, sowie zur Darstellung der Betroffenheit der Stadt Erkelenz durch einen frühzeitigen Ausstieg aus der Braunkohle im Jahr 2035 bzw. 2038, Stellung genommen.

1. Stellungnahme

Die Stadt Erkelenz begrüßt die durch die Empfehlungen der Kommission beabsichtigten Ziele des Klimaschutzes, der Sicherung der Wirtschaftsstandorte sowie der Begleitung des Strukturwandels in den Regionen. Es wird jedoch eine klare Aussage zur Zukunft der Umsiedlungs- und Tagebaurandorte vermisst. Daher muss seitens des Landes NRW eine entsprechende Positionierung in Abstimmung mit den Betroffenen erfolgen.

Generell fordert die Stadt Erkelenz, dass die Erkelenzer Belange unabhängig und unbeeinflusst durch potenzielle Maßnahmen bezogen auf den Hambacher Forst gesehen und umgesetzt werden. Im Weiteren erwartet die Stadt Erkelenz, dass im Rahmen der Umsetzung der Empfehlungen der „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ dafür Sorge getragen wird, dass alle damit zusammenhängenden Auswirkungen auf den Umsiedlungsprozess, die Infrastruktur - vor allem Tagebaurandstraßen sowie auf Rekultivierungsmaßnahmen möglichst frühzeitig entschieden und in einem transparenten und schnellen partizipativen Verfahren bei Zusicherung bisheriger Zusagen des Landes sowie des Bergbautreibenden kommuniziert werden, um allen Betroffenen Kommunen und Bürgern Planungssicherheit zu geben.

Weiterhin fordert die Stadt Erkelenz, dass die energiepolitische Notwendigkeit des Tagebaus in regelmäßigen Abständen überprüft wird. Diese Prüfung findet bisher im Rahmen anstehender Umsiedlungen statt. Da es im Rahmen des Tagebaus Garzweiler II nun neben der Umsiedlung von Keyenberg, Kuckum, Unter-/ Oberwestrich und Berverath keine weiteren Umsiedlungen geben wird, wäre die Überprüfung der energiepolitischen Notwendigkeit des Tagebaus nicht mehr notwendig. Dies lehnt die Stadt Erkelenz ab.

Die Stadt Erkelenz erwartet darüber hinaus, dass alle für den Strukturwandel in der Region vorgesehenen Finanzmittel des Bundes durch das Land 1:1 weitergeleitet und zur Verfügung gestellt werden.

1.1. Thematische Darstellung der Auswirkungen und Folgen eines frühzeitigen Endes des Tagebaus Garzweiler II

Als Abschlussdatum für die Kohleverstromung empfiehlt die Kommission das Ende des Jahres 2038. Sofern die energiewirtschaftlichen, beschäftigungspolitischen und die betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen vorliegen, kann das Datum in Verhandlungen mit den Betreibern auf frühestens 2035 vorgezogen werden. Das bedeutet zunächst, dass die bisher geplante Grenze des Tagebaus Garzweiler II auf Erkelenzer Stadtgebiet sich verändert. In Folge und auf Grundlage der bisher geplanten Abbaugrenze wurden zahlreiche Planungen auf (inter)kommunaler und landesplanerischer Ebene durchgeführt. Dies betrifft neben den laufenden Umsiedlungen vor allem die Infrastrukturplanungen zur L 354 n und L 277 n als „Tagebaurandstraße“ sowie damit zusammenhängende Auswirkungen auf die betroffenen Orte und Planungen im Zusammenhang mit der Tagebaufolgelandschaft. Im Folgenden werden die wesentlichen Themenbereiche dargestellt, in denen sich die Folgen und Auswirkungen eines frühzeitigen Endes des Tagebaus niederschlagen.

1.1.2. Umsiedlung

Unabhängig davon, ob die Umsiedlungen wie geplant fortgeführt werden oder ein teilweiser bis kompletter Erhalt der umzusiedelnden Orte stattfindet, fordert die Stadt Erkelenz die uneingeschränkte Aufrechterhaltung der bisher gültigen Entschädigungsregelungen sowie der Umsetzung des Ziels einer sozial verträglichen Umsiedlung. Weiterhin muss es bei einem Erhalt von Orten eine Wahlfreiheit der Betroffenen Umsiedler bezüglich der Entscheidung, an der Umsiedlung teilzunehmen oder nicht, geben. Dabei muss das Thema Sozialverträglichkeit auch im Falle eines Erhalts von Orten für diese und für die neuen Umsiedlungsorte gelten und geprüft werden. Darunter werden Maßnahmen verstanden, die u.a. Aspekte der Daseinsvorsorge, der Förderung der Dorfgemeinschaft sowie der nachhaltigen sozialen Entwicklung des Ortes Rechnung tragen.

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass ein teilweiser bzw. kompletter Erhalt der Umsiedlungsorte eine für die Stadt Erkelenz komplexe und langwierige Herausforderung hinsichtlich Städtebau, Infrastruktur und Siedlungsentwicklung darstellen würde, die ohne erhebliche finanzielle Unterstützung nicht zu leisten ist. Gleichzeitig würde bei entsprechender Unterstützung eine innovative und im Sinne der Projektliste der Kommission (S. 147) empfohlene Entwicklung als „Orte der Zukunft“ stattfinden können.

Weiterhin bekräftigt die Stadt Erkelenz ihre Stellungnahme zur Leitentscheidung 2016 und den damit verbundenen Forderungen.

1.1.3. Infrastruktur

Die im Zuge der bisherigen Tagebauplanung angestrebten Infrastrukturprojekte zu den Ersatzstraßen L 354 n und L 277 n sowie die entsprechenden baulichen Immissionsschutzmaßnahmen orientieren sich in ihrem Verlauf am Braunkohlenplan Garzweiler II und den darin dargestellten Abbaugrenzen. Dies hat u.a. zur Folge, dass Siedlungsbereiche unmittelbar an die Trassen angrenzen und eine zusätzliche Belastung neben der Tagebaurandlage erfahren müssten.

Die Stadt Erkelenz fordert, dass im Zuge einer Veränderung der Tagebaugrenzen auch eine Anpassung der entsprechenden Infrastrukturprojekte sowie der baulichen Immissionsschutzmaßnahmen einhergehen, mit dem Ziel einer Reduzierung der Belastungen der betroffenen Bevölkerung am Tagebaurand. Gleichwohl muss im Sinne einer zukunftsfähigen Verkehrsinfrastruktur die Neuplanung der durch den zukünftigen Tagebau entfallenden Verkehrswege gesichert und durchgeführt werden.

1.1.4. Flächennutzung

Im Rahmen der erwarteten Verkleinerung des Abbaufeldes werden Flächen mit unterschiedlichen Nutzungen nicht mehr im Abbaufeld liegen, die bereits durch den Tagebaubetreiber erworben wurden oder aufgrund der erwarteten bisherigen Tagebauplanung nicht mehr bewirtschaftet werden.

Grundsätzlich erwartet die Stadt Erkelenz, dass die Möglichkeit eines Tauschs oder Rückkaufs dieser Flächen zugunsten der Stadt Erkelenz geprüft wird, um den im Abschlussbericht der Kommission (S. 66) genannten Punkt zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Kommunen in der Tagebaurlage umsetzen zu können.

1.1.5. Tagebaurland

Eine Veränderung der bisher geplanten Tagebaugrenzen bedeutet neben der Erfordernis der Anpassung der Restseeplanung auch die Möglichkeit der Realisierung der vom Rat der Stadt Erkelenz im Rahmen der Leitentscheidung 2016 geforderten Mindestabstände zwischen Sicherheitslinie und Wohnbebauung von 500 m zu allen Tagebaurlandorten. Daher fordert die Stadt Erkelenz bei der nun anzupassenden Tagebauplanung eine Prüfung der geforderten Abstände. Generell fordern wir, dass der Tagebau so klein wie möglich ausgeführt wird, so weit wie möglich von jeglicher Wohnbebauung entfernt ist und die Sicherheit der Orte durch standfeste Böschungswinkel dauerhaft gewährleistet wird.

Weiterhin fordert die Stadt Erkelenz, dass neben der Einhaltung aller wasserwirtschaftlichen und sicherheitsrelevanten Belange die Ausrichtung der Restseeplanung und Rekultivierung als Bestandteil einer zukunftsfähigen Raumentwicklung geplant wird. Dazu zählt u.a. eine Berücksichtigung der Erfordernisse und Ansprüche der Anrainerkommunen mit den entsprechenden Partizipationsmöglichkeiten sowie eine Absicherung aller im Zusammenhang mit der Rekultivierung anfallenden Kosten und Folgekosten durch den Bergbautreibenden, die aber auch durch das Land abzusichern sind.

1.1.6. Ökonomie

Ein frühzeitiges Ende des Tagebaus auf Erkelenzer Gebiet hat wirtschaftliche Folgen im Sinne eines Rückgangs von Aufträgen in den tagesbauaffinen Betrieben und Zulieferern. Weiterhin geht damit ein Verlust von Arbeitsplätzen im Tagebau selbst sowie in den tagesbauaffinen Betrieben und Zulieferern einher. Darüber hinaus sind erhebliche Beeinträchtigungen des Stadtgebietes in den Bereichen Flächenentwicklung (v.a. Wohnen und Arbeiten) zu erwarten. Dementsprechend fordert die Stadt Erkelenz eine Kompensation in Form von planerischer und finanzieller Unterstützung bei der Ausweisung von Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sowie bei der Umsetzung von Projekten zur Bewältigung des Strukturwandels Im Rahmen eines gesicherten Budgets für die Dauer des Tagebaus und der Rekultivierung.

1. Umsiedlung			
Thema	Problem/ Sachverhalt	Lösungsansatz/ Forderung	zu beteiligende Stellen
teilweiser/ kompletter Erhalt der Altorte	<ul style="list-style-type: none"> • Umsiedlung läuft • Teilung der Orte/ Sozialstrukturen • Leerstand • Rückbau • Erwerb privater und öffentlicher Flächen/ Objekte durch RWE • „Investitionsstau“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Erhalt und Prüfung der Sozial- verträglichkeit in den alten und neuen Orten • Erhalt Entschädigungs- anspruch • Durchführung der Umsiedlung wenn erwünscht • Innovative Ent- wicklung Altorte (Smart Villages, Rheinisches Dorf der Zukunft) • Sonderförderung • Verbleib im Altort ermöglichen 	Bez.Reg Köln, RWE Power
Holzweiler Höfe	<ul style="list-style-type: none"> • Vorbereitung zur Umsiedlung der Höfe läuft 	<ul style="list-style-type: none"> • Erhalt der Höfe gem. Stellung- nahme der Stadt zur Leitent- scheidung 2016 	RWE Power
Um- siedlungs- standort	<ul style="list-style-type: none"> • Verbleib freier Grundstücke durch teilweisen/ kompletten Erhalt Altorte 	<ul style="list-style-type: none"> • Vermarktung in Abstimmung mit Stadt Erkelenz 	RWE Power, Stadt/ GEE
2. Infrastruktur			
Thema	Problem/ Sachverhalt	Lösungsansatz/ Forderung	zu beteiligende Stellen
L 354 n	<ul style="list-style-type: none"> • Planfeststellung/ Trassenverlauf geht von bestehendem Braunkohleplan aus • Abstand zu Kaulhausen • Immissionsschutz wall bereits angelegt 	<ul style="list-style-type: none"> • Neues Planfeststellungs- bzw. Deckblatt- verfahren • Rückbau Immissionsschutz wall bei Trassenänderung 	Straßen NRW, RWE Power

Themenfelder: Betroffenheit der Stadt Erkelenz durch frühzeitiges Ende von Garzweiler II

L 277 n	<ul style="list-style-type: none"> • Verfahren in der Umweltprüfung • Noch kein Trassenverlauf geplant 	<ul style="list-style-type: none"> • Trassenverlauf mit Stadt und Zweckverband abstimmen • Sicherung Nord-Süd-Verbindung 	Straßen NRW, RWE
L 19 n		<ul style="list-style-type: none"> • Erhalt zwischen ERK und Holzweiler 	Straßen NRW, RWE
Ortsumfahrung (OU) Kaulhausen	<ul style="list-style-type: none"> • Planänderung bei Änderung L 277 n/ 354 n erforderlich 	<ul style="list-style-type: none"> • OU mit evtl. veränderter Trassenführung durchführen 	Straßen NRW, RWE, Kreis
Ost-tangente Holzweiler		<ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung wie geplant 	RWE Power
A 61 n	<ul style="list-style-type: none"> • Trassenführung/ Wiederherstellung abhängig von Tagebau/ Rekultivierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Sicherung leistungsfähige Erschließung potentieller Entwicklungsflächen im Rekultivierungsgebiet und am Tagebaurand • Sicherung Nord-Süd-Verbindung • Abstand zum Restsee 	Bund, Straßen NRW, RWE Power
Trinkwasserversorgung	<ul style="list-style-type: none"> • Tagebau macht Neukonzeption/ Neubau Wasserwerk/ Leitungen erforderlich. 	<ul style="list-style-type: none"> • Verfahren erleichtern • Restriktionen für benötigte Flächen reduzieren 	Wasserverband, Bez.Reg.

3. Flächennutzung

Thema	Problem/ Sachverhalt	Lösungsansatz/ Forderung	zu beteiligende Stellen
Landwirtschaft,	<ul style="list-style-type: none"> • Bereits durch RWE erworbene Flächen im Abbaugbiet gem. altem Braunkohlenplan 	<ul style="list-style-type: none"> • Rückkauf/Tausch-möglichkeit • Übertragung an Stadt/ Zweckverband Garzweiler 	RWE, Landwirtschaftskammer, Stadt
Sonstige Flächen (z.B. Wohnen, Gewerbe)	<ul style="list-style-type: none"> • Bereits durch RWE erworbene Flächen im Abbaugbiet gem. altem Braunkohlenplan 	<ul style="list-style-type: none"> • Rückkauf/ Tausch-möglichkeit • Übertragung an Stadt 	RWE

Themenfelder: Betroffenheit der Stadt Erkelenz durch frühzeitiges Ende von Garzweiler II

Windkraft		<ul style="list-style-type: none"> Förderung neuer Flächen f. regen. Energie 	Betreiber, Bez.Reg. Köln
Regionalplanung		<ul style="list-style-type: none"> Anpassung Regionalplan im Bereich der aus dem Abbauggebiet fallenden Flächen 	Bez. Reg. Köln

4. Tagebaurand

Thema	Problem/ Sachverhalt	Lösungsansatz/ Forderung	zu beteiligende Stellen
Abbaugrenze	<ul style="list-style-type: none"> Änderung Böschungsgestaltung und Verlauf 	<ul style="list-style-type: none"> Beteiligung Stadt / Zweckverband Garzweiler Mindestabstände zu Siedlungen Sofortprojekt als pos. Zeichen 	RWE, Bez. Reg. Köln, Zweckverband
Restsee	<ul style="list-style-type: none"> Bisherige Planungen und Gutachten veraltet 	<ul style="list-style-type: none"> Sicherstellung Wasserqualität Restsee Standsicherheit Böschungen 	RWE, Bez. Reg. Köln
Rekultivierung		<ul style="list-style-type: none"> Absicherung aller (Folge)Kosten Berücksichtigung Aspekte Klimaschutz/ Artenvielfalt 	RWE, Bez. Reg. Köln

5. Ökonomie

Thema	Problem/ Sachverhalt	Lösungsansatz/ Forderung	zu beteiligende Stellen
Arbeitsplätze	<ul style="list-style-type: none"> Rückgang von Aufträgen Verlust von Arbeitsplätzen 	<ul style="list-style-type: none"> Kompensation in Form von Unterstützung bei Ausweisung von GIB- u. Sonderflächen z.B. Hochschulen 	Bez. Reg Köln, Land NRW, IHK
Struktur Fördermittel	<ul style="list-style-type: none"> S. 66 Bericht BSW-Kommission besondere Berücksichtigung der direkt betroffenen Kommunen. 	<ul style="list-style-type: none"> Konkretes Budget für betroffene Kommunen zur Erhaltung/Förderung der Lebensqualität 	Land NRW, ZRR, Bund

Themenfelder: Betroffenheit der Stadt Erkelenz durch frühzeitiges Ende von Garzweiler II

		<ul style="list-style-type: none"> • Sofortpaket für Gestaltung Raum am Tagebaurand • Bereitstellung der Fördermittel ohne Zweckbindung 	
6. Sonstiges/ zentrale Positionen			
Thema	Problem/ Sachverhalt	Lösungsansatz/ Forderung	zu beteiligende Stellen
Sicherung der Leistungen	<ul style="list-style-type: none"> • Politische Zusagen auf Unterstützung sowie Zusagen von RWE können wieder verändert werden. 	<ul style="list-style-type: none"> • Vereinbarung/Vertrag schließen • Prüfung/ Sicherung bestehender Zusagen an die Stadt 	Land NRW, RWE Power
Verkleinerung Tagebau	<ul style="list-style-type: none"> • Derzeit unklar 	<ul style="list-style-type: none"> • Möglichst geringe Flächeninanspruchnahme bei Priorisierung unbesiedelter Flächen als Abbaugbiet • Zusicherung des Erhalts Holzweilers gem. Leitentscheidung 	Land NRW, Bez. Reg. Köln
Zeitachse	<ul style="list-style-type: none"> • Unsicherheit bis zur Entscheidung über Abschaltung der Kraftwerke u. damit verbunden Berechnung der noch benötigten Flächen 	<ul style="list-style-type: none"> • Sehr schnelles, partizipatives und transparentes Verfahren im Sinne einer anzupassenden Leitentscheidung zur Darstellung der konkreten Folgen für Erkelenz 	Bund, Land
Information/ Partizipation		<ul style="list-style-type: none"> • Informationsplattform durch Land erstellen • Bürgerdialog starten • Erweitertes Hilfsangebot alle Betroffenen 	Land NRW, Bez. Reg.

DER LANDRAT DES KREISES HEINSBERG

Heinsberg, 16. Juli 2019

Herrn
Bundesminister Peter Altmaier
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie
Scharnhorststr. 34 - 37
10115 Berlin

Prozess des Kohleausstiegs

Sehr geehrter Herr Bundesminister Altmaier,

der Kreis Heinsberg liegt als westlichster Kreis der Bundesrepublik Deutschland im Einflussgebiet des Rheinischen Braunkohlereviere mit den Tagebauen Inden, Hambach und Garzweiler. Während das Kreisgebiet durch diese Tagebaue insbesondere in den ökologischen Auswirkungen bezüglich des Wasser- und Naturhaushalts beeinflusst ist, ist der östliche Teil der kreisangehörigen Stadt Erkelenz von der Abbautätigkeit des Tagebaues Garzweiler II mit allen hieraus resultierenden Problemstellungen (z. B. Umsiedlung von Ortschaften) betroffen.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Fraktionen des Kreistags und der zuständige Fachausschuss für Umwelt und Verkehr mit der Thematik des Kohleausstiegs befasst und mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung folgenden Beschluss gefasst:


1. Der Kreistag des Kreises Heinsberg begrüßt die Ergebnisse der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (Abschlussbericht vom Januar 2019).
2. Der Kreistag begrüßt insbesondere den von der Kommission vorgeschlagenen früheren Braunkohleausstieg im Jahre 2038 sowie einen eventuellen, nochmals vorgezogenen Ausstieg, um die im Pariser Abkommen vereinbarten Klimaziele zu erreichen. Ferner eine gesetzlich zu verankernde Abschaltung abgeschriebener Altanlagen mit hohem Emis-

sionsfaktor, sofern die Versorgungssicherheit gewährleistet ist und darüber hinaus die ebenfalls gesetzlich zu regelnden Strukturhilfen und Anpassungsgelder für die in der Braunkohle Beschäftigten.

3. Der Kreis Heinsberg unterstützt die Bemühungen von Bundes- und Landesregierung zur schnellst möglichen Umsetzung der Empfehlungen der Kommission und appelliert an die Vertreter des Kreises Heinsberg in Bundestag und Landtag, sich im Interesse der vom Braunkohletagebau betroffenen Menschen dafür einzusetzen, damit möglichst schnell Rechtsklarheit geschaffen wird.
4. Der Kreistag stellt sich hinter die am 27.02.2019 vom Stadtrat Erkelenz beschlossene und dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen unter Datum vom 28.02.2019 übermittelte „Stellungnahme der Stadt Erkelenz zum Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“.

Sehr geehrter Herr Bundesminister Altmaier, namens der überwältigenden Mehrheit aller politischen Kräfte des Kreises Heinsberg möchte ich Sie eindringlich bitten, alles in Ihren Kräften Stehende zu veranlassen, dass für den hiesigen Raum und insbesondere für die im Tagebaugbiet lebenden und arbeitenden Menschen baldmöglichst Klarheit über die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Kohleausstiegs geschaffen wird.

Mit freundlichen Grüßen



Stephan Pusch



Stefan Lenzen MdL



Wilfried Oellers MdB



Thomas Schnelle MdL



Bernd Krückel MdL

Heinsberg, den 02. August 2019

Herrn
Bundesminister Peter Altmaier
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie
Scharnhorststr. 34 – 37

10115 Berlin

Prozess des Kohleausstiegs

Sehr geehrter Herr Bundesminister Altmaier,

wir schreiben Ihnen heute als die Gemeinschaft der Abgeordneten des Kreises Heinsberg im Deutschen Bundestag und im Landtag von Nordrhein-Westfalen und möchten Sie um Ihre Unterstützung im Prozess der noch andauernden bergbaulichen Inanspruchnahme unseres Kreises und des Kohleausstiegs bitten.

Die Ergebnisse der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ in ihrem Abschlussbericht vom 26. Januar 2019 begrüßen wir ausdrücklich. Der hierin vorgeschlagene vorgezogene Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung im Jahre 2038 findet unsere Zustimmung und wir unterstützen alle Bemühungen, diesen Ausstieg unter Beachtung der Versorgungssicherheit und Sozialverträglichkeit auch schon im Jahre 2035 stattfinden zu lassen. Hierbei gilt es im Hinblick auf die im Bergbau tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Vorgaben der Kommission zum sozialverträglichen Kohleausstieg umzusetzen und die für die betroffenen Regionen zugesagten Strukturhilfen zu leisten.

Ein frühzeitiger, versorgungssicherer Ausstieg aus der Kohleverstromung ist wichtig für die Erreichung der im Bund, in Europa und in der Welt gesteckten Klimaziele und wird hoffentlich Signalwirkung auch in andere Länder haben. Das dieser Ausstieg sozialverträglich gelingt ist wichtig für die Reviere, in denen derzeit die Braunkohle abgebaut und verstromt wird.

Im Kreis Heinsberg werden die Menschen jedoch noch bis zum endgültigen Ende des Braunkohlenabbaus enorm von den damit einhergehenden Auswirkungen und Belastungen betroffen sein. Derzeit befinden sich noch fünf Dörfer im Bereich des Tagebaus Garzweiler II im langen Prozess der Umsiedlung. Nach damals langem Kampf gegen Garzweiler II und der dritten Leitentscheidung der nordrhein-westfälischen Landesregierung, in der die tagebauliche Inanspruchnahme der Dörfer Keyenberg, Kuckum, Berverath, Ober- und Unterwestrich als energiepolitisch notwendig festgestellt wurde, hat sich der weitaus überwiegende Teil der Bewohnerinnen und Bewohner auf den schmerzlichen Weg der Umsiedlung gemacht bzw. stehen kurz davor. Einige wehren sich auch weiterhin gegen den Verlust der Heimat.

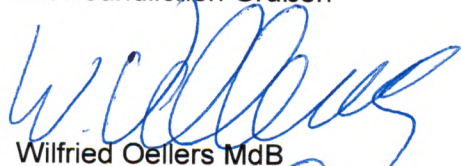
Nach dem „Kohlekompromiss“ entstanden neue Unsicherheiten. Geht die Umsiedlung weiter? Bleiben die Dorfgemeinschaften erhalten? Ein Gutachten stellte die tagebauliche Inanspruchnahme der Dörfer in Frage, neue Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Dörfer traten auf.

Wir als Abgeordnete sind immer wieder in Gesprächen mit den Betroffenen vor Ort. Wir erfahren immer wieder, dass die Menschen schnellstmöglich Klarheit über die Auswirkungen des „Kohlekompromisses“ vor Ort wünschen. Diese müssen wir den Betroffenen als politisch Verantwortliche schnellst möglich geben.

Daher appellieren wir gemeinsam an Sie, Herr Bundesminister Altmaier, sich dafür einzusetzen, dass der Bund die für die Klarheit vor Ort nötigen Entscheidungen schnellstmöglich trifft. Dies ist sowohl wichtig für die vom Tagebau betroffenen Menschen im Umsiedlungsgebiet und am Tagebaurand als auch für die im Bergbau, in der Verstromung, in der Veredelung und in den Zulieferbetrieben tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Unterzeichner stellen sich ausdrücklich hinter die Stellungnahme des Rates der Stadt Erkelenz zum Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung vom 27.02.2019 (siehe Anlage) und den Beschluss des zuständigen Fachausschusses des Kreises Heinsberg vom 11.07.2019 (siehe Anlage). Stellungnahme und Beschluss unterstützen wir in allen Punkten, beide sind in großer parteiübergreifender Zustimmung in den entsprechenden Gremien getroffen wurden.

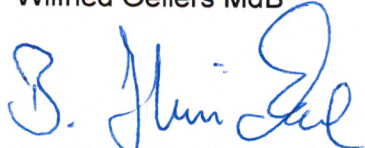
Mit freundlichen Grüßen



Wilfried Oellers MdB



Stefan Lenzen MdL



Bernd Krückel MdL



Thomas Schnelle MdL

Anlagen: Stellungnahme der Stadt Erkelenz vom 27.02.2019
Themenfelder: Betroffenheit der Stadt Erkelenz
Schreiben Landrat Stephan Pusch vom 16.07.19